Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 9

Artikel: Politik ohne Macht : Möglichkeiten kirchlicher Friedensarbeit
Autor: Kuster, Reinhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142794

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

REINHARD KUSTER

Politik ohne Macht

Möglichkeiten kirchlicher Friedensarbeit

Im Anschluß an die Aufsätze von Max Keller (Aufgaben kirchlicher Friedensarbeit), Christoph Stückelberger (Kirche und Lebensstil) und Fridolin Trüb (Wo bleiben die Friedensstrategien der Kirchen?) hat die Redaktion der «Neuen Wege» mich eingeladen, «für die evangelisch-reformierte Seite diese Fragen zu beantworten». So gern ich dieser Einladung nachkomme, sind grundsätzliche Vorbemerkungen notwendig:

— Was ich beitragen kann, ist — über das reine Berichten hinaus — ein sehr persönlicher Diskussionsbeitrag, in keiner Weise aber eine Antwort «für die evangelisch-reformierte Seite». Mit dem in der Reformation so stark betonten allgemeinen Priestertum aller Gläubigen ist die Pluralität der Ansichten in der evangelischen Christenheit grundsäzlich bejaht, nicht nur in Kauf genommen. Die Einheit der Kirche besteht darin, daß sehr verschiedene Menschen sich dem gleichen Meister verpflichtet wissen. Sie besteht aber keinesfalls in uniformen Meinungen. Eine gemeinsame Willensbildung kann sich nur aus einem umfassenden Dialog ergeben.

— Gerade im Spannungsfeld von Kirche und Politik pflegen die Ansichten erheblich auseinander zu gehen. Je stärker man sich engagiert, desto eindeutiger muß man sich davor hüten, seine eigene Ansicht absolut zu setzen. Damit überhaupt Ziele erreicht und sachliche Differenzen sogar fruchtbar werden können, ist es unumgänglich, daß der Dialog offen und fair bleibt. Ein sachliches Gespräch ist kein Artillerieduell von Argumenten. Es verlangt die Bereitschaft, aufeinander zu hören und allenfalls sogar verschiedene Ansichten nebeneinander stehen zu lassen. Diese Offenheit für andere ist bereits ein Element christlicher Friedensstrategie. Jedermann kann die Wahrhaftigkeit, niemand aber die Wahrheit für sich in Anspruch nehmen.

— 400 000 Forscher und Techniker, rund die Hälfte der besten Wissenschafter der Welt (Der Spiegel, 16. August 1976) arbeiten für die waffentechnische Entwicklung. Die USA setzten 1975 92,8 Milliarden Dollar für die Rüstung ein, die Sowjetunion sogar 103,8 Milliarden. An der Sitzung des Zentralausschusses des Oekumenischen Rates der Kirchen in Jamaica (Januar 1979) war zu vernehmen, daß auch die Dritte Welt heute gesamthaft 40 Milliarden Dollar pro Jahr für militärische Rüstung ausgibt. Im Blick auf diese astronomischen Summen, die in eine mögliche Zerstörung investiert werden, ist es selbstverständlich Pflicht jedes vernünftigen Menschen, jeden ehrlichen Versuch zu einer weltweiten Rüstungsbeschränkung zu unterstützen. Eine wirksame Abrüstung ver-

langt allerdings weit mehr als eine bloße Rüstungsbeschränkung. Sie setzt ein Vertrauensverhältnis in der Weltpolitik voraus und fordert damit den weltweiten Abbau von Feindbildern — zwischen Gruppen und einzelnen ebenso wie zwischen Völkern und Systemen — und Respekt vor dem einzelnen Menschen. Sie verlangt in gleicher Weise ein kritisches Verhältnis zur Macht — in erster Linie natürlich bei den Mächtigen selbst. Carl Friedrich von Weizsäcker forderte am Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover (1967) «die Verwandlung der Politik in Weltinnenpolitik». Gemessen an dieser Aufgabe war der junge David eine Großmacht gegen Goliath. Dennoch — daran gibt es keinen Zweifel — sind Christen aus ihrem innersten Auftrag gehalten, an dieser Aufgabe zu arbeiten.

Fragt man nun nach den konkreten Möglichkeiten, so ergeben sich grundsätzlich zwei Wege, die sich gegenseitig ergänzen: die aktive Mitverantwortung in besonders brennenden Problemen und die globale Bewußtseinsbildung. Beides gehört zu der von Fridolin Trüb verlangten Friedensstrategie der Kirche.

1. Zum Beispiel Südafrika

«Wir rufen die Regierung auf, die politischen und andern Führer, die vom gesamten Volk des Landes entweder anerkannt oder gewählt sind, zusammenzubringen, um eine neue politische und soziale Ordnung auszuarbeiten.» In diese Aufforderung münden die Beschlüsse einer Kirchenversammlung, die vom 12. bis 16. März in Pretoria stattgefunden hat. Nahezu 100 Delegierte aus 16 evangelischen Kirchen der Farbigen, Schwarzen und Weißen, die unter dem Druck der Rassenspannungen seit 18 Jahren kaum mehr offizielle Kontakte pflegten, waren erstmals wieder zu einem offenen Dialog zusammengekommen. Dessen Thema — «Die Kirche und ihre gesellschaftliche Verantwortung in Südafrika» — brachte alle im südlichen Afrika drängenden Fragen zur Sprache: die Apartheid, die bis jetzt völlig fehlende Beteiligung der Schwarzen an den politischen Entscheidungen, die Aussiedlung großer Bevölkerungsteile, das Geschick der schwarzen Wanderarbeiter, die Gefängnisverwahrungen ohne Gerichtsurteil, die Folterungen, das Verbot gemischtrassischer Ehen, die nur für Weiße zugänglichen Berufssparten, die Unterschiede der Ausbildungsmöglichkeiten in Schule und Beruf.

Der geistige Standort dieser seit langem repräsentativsten Kirchenversammlung Südafrikas wurde klar markiert: «Die Kirche hat als Teil ihres Dienstes die prophetische Aufgabe, ihre Mitglieder und die Regierung an ihre Berufung zu erinnern, in allen Lebensgebieten Gerechtigkeit aufzurichten und zu bewahren. Da die gegenwärtige Lage in Südafrika keine hinreichende Gerechtigkeit für alle einschließt, erklären wir, daß ein gesellschaftlicher Wandel dringend erforderlich ist.»

Natürlich kann heute niemand sagen, was aus dieser Initiative wird. An Gegnerschaft und Hindernissen wird es ihr nicht fehlen. Entscheidend wird es von der Regierung Südafrikas abhangen, diese Möglichkeit zu einer friedlichen Neuorientierung zu ergreifen und Gespräche einzuleiten, solange diese Gesprächspartner verfügbar sind. Die Sorge der Delegierten um den wachsenden Druck der Situation und die enteilende Zeit wurden drastisch deutlich im Schlußsatz ihrer Botschaft an die Kirchen: «Brüder, die Zeit drängt! 'Wir müssen, solange es Tag ist, die Werke dessen wirken, der mich gesandt hat. Es kommt die Nacht, da niemand wirken kann' (Johannes-Evangelium 9, 4).»

Dieses Kirchentreffen, das Bischof Desmond Tutu, Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, einer der profiliertesten Sprecher der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, als «epochemachende Konferenz» bezeichnet hat, ist zustande gekommen auf Initiative des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes. Nach meinem Verständnis gehören solche konkreten Schritte in konkreten Situationen zum Wirksamsten, das von den Kirchen zum Frieden und zu einer humanen Gesellschaft beigetragen werden kann.

Die Welt der Realitäten zeigt, daß auch für ein sehr begrenztes und zudem noch stark gefährdetes Ergebnis eine immense Arbeit, größte Sorgfalt und — in diesem Falle — auch beträchtliche Mittel notwendig sind. Die Vorarbeit hatte begonnen mit der einstimmigen Ueberweisung eines Postulats an der Abgeordnetenversammlung vom 4. Oktober 1976. Nach umfassenden Vorsondierungen reisten zweimal Delegationen des Kirchenbundes zu Vorgesprächen nach Südafrika. Daß sie nicht — wie parallele Versuche anderer — von vornherein scheiterten, hängt nach meiner Ueberzeugung mit der Bescheidung der schweizerischen Vertreter zusammen. Sie haben es verstanden, bei aller Klarheit der eigenen Position, ihre Gesprächspartner nicht in die Defensive zu drängen. Pfr. Charles Bauer (Le Locle), Leiter der Arbeitsgruppe Südafrika im Kirchenbund, erklärte in einem Rechenschaftsbericht an der Abgeordnetenversammlung (20. Juni 1978 in Sion), die Delegation habe dauernd betont, «daß sie sich nicht anmaße, für die Probleme in Südafrika Lösungen zu bringen — an den Kirchen des Landes sei es, solche gemeinsam zu finden — daß sie sich dagegen bemühen wolle, als Bindestrich zwischen christlichen Partnern zu wirken».

Endlich wird am Beispiel Südafrika deutlich, daß Friede weit mehr ist als ein Zustand, in dem nicht geschossen wird. Für den Frieden zu arbeiten heißt, mit dem Heiligen Geist andauernd zu rechnen, die Realitäten ganz ernst zu nehmen und in tiefer Verpflichtung bereit zu sein, konkrete Schritte zu einer Neuorientierung in Richtung Gerechtigkeit und Versöhnung zu wagen.

2. Der lange Weg zu einer wirksamen Aechtung der Folter

Als ähnlich konkreten Beitrag zu einem konkreten Problem, das entscheidend mit dem Frieden und einer humanen Gesellschaft zu tun hat, ist die intensive Mitarbeit der Menschenrechtskommission des Kirchenbunds für eine Internationale Konvention zur wirksamen Aechtung der Folter zu nennen. Die Möglichkeiten sind hier womöglich noch bescheidener, da die Entscheidungen schließlich auf UNO-Ebene fallen müssen und sich die Mitarbeit aus dem kirchlichen Raum auf das Vorfeld der eigentlichen Entscheidungen begrenzt sieht.

Die Menschenrechtskommission des Kirchenbundes setzte sich — nach einem ersten Informationsgespräch mit Alexandre Hay, Präsident des IKRK, und Jacques Moreillon, Direktor der Rechtsabteilung des IKRK, aktiv und dauernd ein für die öffentliche Willensbildung. Mitglieder der Kommission waren beteiligt an der Umsetzung der Zielvorstellungen des Genfer Jean-Jacques Gautier in einen praktikablen Konventionsentwurf (20./21. Mai 1977) und arbeiteten mit an einer internationalen Expertentagung in St. Gallen (28. Juni bis 1. Juli 1978).

In der UNO sind, vor allem durch die dauernden Anstrengungen Schwedens, Kräfte am Werk, die den Bereich der lediglich verbalen Verurteilung der Folter endlich hinter sich lassen und eine rechtlich gültige Internationale Konvention zur Aechtung der Folter schaffen wollen. In der UNO-Menschenrechtskommission stehen derzeit je ein Konventionsentwurf Schwedens und der Internationalen Vereinigung für Strafrecht zur Debatte. Beide zeigen gegenüber dem vom Institut Henri Dunant in Genf übernommenen Projekt Gautiers einen entscheidenden Unterschied: Um der politischen Chance willen verzichten sie auf eine wirksame Kontrolle. Dieser große politische Vorteil ist gleichzeitig der entscheidende Nachteil im Blick auf die Wirksamkeit eines solchen Abkommens. Die Internationale Juristenkommission hofft nun, das Projekt Gautier als fakultatives Zusatzprotokoll zu einer künftigen UNO-Konvention einzubringen. Die Staaten, denen es wirklich ernst ist, auf die in unserer Zeit krebsähnlich sich ausweitende Folter zu verzichten, hätten damit die Möglichkeit, über die breite Basis-Konvention hinaus das strengere, letztlich wohl allein wirksame Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Das Expertengespräch in St. Gallen brachte den neuen Gedanken, daß Basis-Konvention und Zusatzprotokoll nicht gleichzeitig verabschiedet werden müssen: «Eine Staffelung: zuerst Basis-Konvention, dann, wenn diese Hürde genommen ist, Zusatzprotokoll, ist denkbar» (aus den Schlußfolgerungen des St. Galler Gesprächs). Die große Aufgabe ist nun, Staaten zu finden, die sich dafür einsetzen. Im Augenblick sind erst zwei Staaten — beide aus der Dritten Welt — dazu entschlossen.

Wenn man etwas hineinsieht in diese Anstrengungen, wird man sich

bewußt, welche außerordentliche, zähe und dauernde Verpflichtung sehr vieler Engagierter notwendig ist, um einen konkreten Schritt vorwärts zu kommen. Das gilt auch für diesen Bereich der Folter, wo es nicht um große Kriege geht, sondern «nur» um den kleinen — allerdings niederträchtigsten Krieg gegen einzelne Wehrlose.

3. Waffenausfuhr

Im Auftrag des Vorstandes erarbeitete das Institut für Sozialethik des Kirchenbundes 1972 eine ausführliche Studie: «Schweizerische Waffenausfuhr ohne Alternative?» Sie wurde von Fachleuten, u. a. vom Institut für Strategische Studien in London, als umfassende Behandlung des Problems gewertet. Gerade weil sie sich auf die möglichst umfassende Information beschränkte und darauf verzichtete, eine Abstimmungsparole herauszugeben, war sie im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative zum Verbot der Waffenausfuhr eine echte Entscheidungshilfe.

Daß der Kirchenbundsvorstand das Problem nicht vergessen hat, zeigte sein Brief an die eidgenössischen Parlamentarier aus Anlaß der Motion Friedrich/Herzog zur Lockerung der Waffenausfuhrbestimmungen (8. März 1979). Der Vorstand stellt fest: «Die Eindämmung der negativen Folgen der Waffenausfuhr in Entwicklungsländer ist ein Anliegen, das der Kirchenbund seit vielen Jahren vertritt. Im Anschluß an die Volksabstimmung von 1972 über die Initiative betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot und an den Erlaß des neuen Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial haben die Behörden verbindlich erklärt, daß sie sich zu einer restriktiven Handhabung des Gesetzes verpflichtet wissen. Diese Verpflichtung orientierte sich auch und gerade an der Interpretation des damaligen Volksentscheides. Wir müssen neue Auslegungsversuche als einen Verstoß gegen gemachte Zusagen verstehen.»

4. Zivildienst

Nachdem der Kirchenbundsvorstand schon sehr früh seine Ueberzeugung für einen zivilen Ersatzdienst klar ausgesprochen hatte, forderte 1949 die Abgeordnetenversammlung, das Parlament des Kirchenbundes, die Einführung eines Ersatzdienstes. Die Theologische Kommission des Kirchenbundes veröffentlichte 1972 ein Gutachten zum Begriff des Gewissens. Das Institut für Sozialethik gab im März 1973 wiederum eine längere Studie «Zivildienst in der Schweiz — Ueberlegungen zu einem Organisationsmodell» heraus. Somit konnte nie ein Zweifel bestehen, daß sich der Kirchenbund aktiv engagierte für die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Hier drängt sich wieder eine sehr persönliche Ueberlegung auf.

Bekanntlich hatte Generalstabschef Theophil von Sprecher schon 1918 dem Bundesrat einen Entwurf vorgelegt, der Wehrmänner in «Gewissensbedenken» schützen und ihnen die «Leistung eines rein bürgerlichen, im öffentlichen Interesse liegenden Dienstes» auferlegen wollte. Sein Vorschlag wurde vom damaligen Bundesrat mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt. Nach dieser langen Vorgeschichte des Postulats ist die Lösung dieses Problems in der Schweiz überfällig. Deshalb kann ich nur tief bedauern, daß im Vorfeld der Abstimmung vom 3./4. Dezember 1977 Anhänger einer neuen Initiative die Vorlage bekämpften und so — gemeinsam mit denen, die alles beim alten lassen wollten — diese damals an sich nicht chancenlose Vorlage zu Fall brachten. Es scheint mir kein Zweifel möglich, daß der Protest derer, die mehr wollten, die Scharen derer, die gar nichts wollten, empfindlich wachsen ließ. Einmal mehr scheiterte das politisch Mögliche am gemeinsamen Widerspruch diametral gegensätzlicher Positionen. Nachdem so — von zwei Seiten unter Beschuß — die Vorlage mit 886 821 Nein gegen 534 297 Ja eine wuchtige Niederlage erlitt, ist die Lösung des Problems erneut hinausgeschoben.

5. Friedensforschung

Weitere Fragen seien wenigstens kurz berührt: 1972 fand, vom Institut für Sozialethik des Kirchenbundes organisiert, ein Seminar statt über «Friedensforschung in der Schweiz». Hier wurden Vorschläge für die Organisation der Friedensforschung in der Schweiz gesammelt und später publiziert. Prof. Hans Ruh, Leiter des Instituts, wurde später vom Bundesrat zum Mitglied einer Expertenkommission ernannt, welche ein Projekt für die Schaffung eines schweizerischen Friedensinstituts vorlegte.

Die bisher verfügbaren Dokumente des ökumenischen Studienprogramms über Militarismus und Abrüstung wurden vom Kirchenbundsvorstand dem Institut für Sozialethik übergeben. Dieses hat eine Stellungnahme vorbereitet, die dem OeRK übermittelt wurde und dort eine günstige Aufnahme fand.

Zusammenfassend darf man so wohl festhalten, daß der Vorstand des Kirchenbundes und seine Fachgruppen in den genannten Fragen intensiv und langfristig arbeiten. Unter den gegebenen Bedingungen besteht kaum eine andere Möglichkeit, als einzelnen wichtigen Fragen entschlossen und beharrlich nachzugehen. Abzulehnen wäre m. E. das Aufgreifen aller möglichen Themen ohne den Willen, langfristig, umsichtig und verpflichtet dabei zu bleiben. Daß man sich in diesem uferlosen Bereich der Grenzen seiner Realisierungsmöglichkeiten dauernd und schmerzlich bewußt wird, muß abschließend kaum besonders betont werden.

PAUL RUTISHAUSER

Die fehlende kirchliche Friedensstrategie

Eine Antwort an Reinhard Kuster

«Wo bleiben die Friedensstrategien der Kirche?» hat Fridolin Trüb in der Februarnummer der «Neuen Wege» gefragt. Im Unterschied zum vorangegangenen Artikel von Reinhard Kuster muß ich zugeben: ich sehe nichts von einer Strategie. Seine Ausführungen illustrieren für mich nur, daß dieses Durcheinander von Aktionen meist Reaktionen sind, die wenig Positives bewirken, und nur derjenige sie als Friedensstrategie ansehen kann, der froh ist, wenn nichts geschieht.

1. Beispiel: Rassismus

Der Oekumenische Rat der Kirchen hat eine Strategie für die Bekämpfung des Rassismus. Vom Studium über Empfehlungen und Gespräche ist er nach fünfzig Jahren bei einem Aktionsprogramm angelangt. Die Schweizerkirchen sind Schritt für Schritt darüber informiert worden, und ihre Vertreter in den Gremien des OeRK haben dem auch zugestimmt. Als im Rahmen dieses Programmes eine Liste mit Schweizerfirmen erschien, die von ihren Kirchen hätten aufgefordert werden sollen, sich aus Südafrika zurückzuziehen, da meldete sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund zum ersten Mal. Er hat seine Kritik aber nicht an die Schweizer Firmen, sondern an den OeRK gerichtet. Er schämte sich nicht, in seine «Fragen» Argumente des «Trumpf Buur» aufzunehmen. Unter Berufung auf die Empörung im Schweizerland hat er sich vom Programm des OeRK distanziert, das heißt öffentlich zugegeben, daß ihm die Vermeidung von Aerger mit den Mächtigen in der Schweiz wichtiger ist als die Bekämpfung des Rassismus.

Im Anschluß an dieses Abrücken von der Initiative der fast dreihundert Kirchen des OeRK hat der SEK dann seine eigene «Friedensinitiative» entwickelt. Ich möchte hier zeigen, daß dies eine Re-aktion und keine Initiative war. Sie geht zurück auf einen Antrag der Zürcher Delegierten der Abgeordnetenversammlung des SEK. Pfr. P. Vogelsanger war (neben andern Zürcher Kirchenvertretern) durch die südafrikanische Botschaft zu einer Reise nach Südafrika eingeladen worden. Neben der südafrikanischen Regierung war ihm die Direktion der Kreditanstalt behilflich, die wahre Lage in Südafrika zu erkennen. Ein Angebot von Apartheidgegnern, ihm Kontakte zu vermitteln, hat er nicht benutzt. So war es kaum erstaunlich, daß er mit der Erkenntnis aus Südafrika zurückkam, daß die Srategie des OeRK verfehlt sei und eine Versöhnungsaktion der Schweizerkirchen lanciert werden sollte.

Es ist hier nicht der Ort, davon zu reden, was für eine Schindluderei mit dem Begriff Versöhnung getrieben wurde, oder wie ohne Rücksicht auf die Vorgeschichte und die Arbeit anderer Kirchen wieder einmal mehr ein schweizerisches Sonderzüglein auf die Fahrt geschickt wurde. Vielmehr geht es darum, zu fragen, was für eine Strategie dahinter stehe.

Die schweizerische «Friedensinitiative» ist zuerst einmal eine Torpedierung der Strategie des OeRK. Ausgelöst wurde sie durch die Pressearbeit in der Schweiz. Nicht die Not der rassisch Unterdrückten oder die Appelle der ökumenischen Kirchenkonferenzen haben die schweizerischen Kirchen in Bewegung gebracht, sondern der politische Druck gegen den OeRK und seine Strategie. Ich bin überzeugt, daß die Abgeordnetenversammlung und der Vorstand des SEK deshalb so manipulierbar waren, weil sie selbst keine Strategie besaßen, weil sie nach all den Jahren nie ernsthafte Pläne gemacht hatten, was sie zur Ueberwindung des Rassismus beitragen könnten.

2. Beispiel: Bankgeheimnis

Als ehemaligem Missionar in Ghana ist es für mich eine der dringendsten brüderlichen Verpflichtungen gegenüber den Christen in Ghana, das legale Instrument der Ausblutung von Dritt-Welt-Ländern: das schweizerische Bankgeheimnis, zu beseitigen. Die Konferenz Schweiz—Dritte Welt hat deutlich eine Beschränkung des Bankgeheimnisses gefordert. Brot-für-Brüder hat diese Gedanken seither immer wieder vorgebracht.

Die evangelischen Landeskirchen oder der Schweizerische Evangelische Kirchenbund haben aber nichts unternommen, um diese entwicklungspolitisch kaum bestrittene Forderung in die Wirklichkeit umzusetzen, sie haben die Initiative «abrahamitischen Minderheiten» überlassen. Diese haben nun Hilfe bei einer politischen Partei geholt. Ich denke dabei an die Worte Jesu: «Meinet nicht, bei euch selber sagen zu können: wir haben Abraham zum Vater. Denn ich sage euch: Gott vermag dem Abraham aus diesen Steinen Kinder zu erwecken . . .»

Wieder haben die verantwortlichen kirchlichen Stellen es versäumt, eine Strategie zu entwickeln und warnen jetzt davor, sich nicht vor andere Wagen spannen zu lassen. Ob das nicht eigentlich unser Wagen wäre, den andere da ziehen, darf man jetzt nicht mehr fragen. Dieses Beispiel ist so extrem, daß bei mir der Verdacht aufsteigt: steckt da System dahinter? Verzichtet der SEK auf eine Strategie, weil er damit nicht als Gegner jener Ausbeuter auftreten muß, die vom Bankgeheimnis profitieren? Und überläßt er die Initiative andern, um sich darnach in die neutrale Beobachter- und Ratgeberrolle begeben zu können?

3. Studieren ist weniger gefährlich als probieren

Mir kommen die Worte eines kamerunischen Kirchenführers in den Sinn:

> «Wenn wir europäischen Christen eine konkrete Frage stellen,
> so geben sie uns eine grundsätzliche Antwort.
> Wenn wir ihnen eine grundsätzliche Frage stellen,
> so bringen sie konkrete Beispiele.»

Der SEK hat auf die sehr konkrete Frage, wie er sich zu der Unterstützung des Rassismus durch schweizerische Firmen in Südafrika stelle, mit einem allgemeinen Menschenrechtsprogramm geantwortet. Mit den Firmen wurden so allgemeine Gespräche geführt, daß sie ohne große Beschwerden die Thesen unterschrieben, die erarbeitet wurden.

Anderseits, wenn eine politische Frage am Horizont auftaucht, wird das sozialethische Institut beauftragt, eine Studie auszuarbeiten. Damit umgeht eine Kirchenleitung den Entscheid. Eine Studie ist Vorarbeit für einen Entscheid, sie ersetzt die eigene Stellungnahme nicht ... Eine Studie, die nicht zu Entscheiden führt, nützt dem Auftraggeber wenig, höchstens als Alibi. Die Tatsache, daß zum Beispiel die Studie über Atomenergie nicht vor der Volksabstimmung fertig wurde, hat den Auftraggebern viel Aerger erspart. Es läßt sich aber fragen, ob sich dann nicht die ganze Arbeit hätte einsparen lassen? Meine Freude an vielen guten Studien wird getrübt durch die Tatsache, daß sie kaum zu Konsequenzen führen. Ja, ich fürchte, daß sie gar nicht in Auftrag gegeben wurden, um daraus eine Strategie abzuleiten, sondern um sie als «Entscheidungshilfen» weiterzugeben, damit eben auf eine Strategie verzichten zu können, die Initiative andern zu überlassen.

Mein Aerger über diese «Strategie» des Nicht-Entscheidens ist nicht nur darin begründet, daß sie konstant den Mächtigen, der Mehrheit und den Schläuern dient, sondern daß sie auch unevangelisch ist. Die frohe Botschaft ruft zum Handeln, nicht zum Studieren.

Das Reden von der «Politik ohne Macht» ist eine Ausrede. Es stimmt ganz schlicht nicht. Die Schweiz ist eines der großen Machtzentren dieser Welt. Die Männer und Frauen, die Entscheide fällen, sind Christen, Glieder unserer Kirchen. Sie sind nicht nur unsere Vettern und Schul- oder Militärkollegen, sie haben auch das Recht, von uns das zu hören, was das Evangelium von ihnen fordert. Eine schweizerische Kirche, die entschlossen und systematisch mehr Gerechtigkeit von unseren Banken und Multis gegenüber der Dritten Welt fordert, betreibt keine Machtpolitik. Sie setzt die Macht, die sie hat, für andere ein, riskiert möglicherweise auch, sie zu verlieren.

4. Beispiel: Gewaltlosigkeit

Unsere kirchlichen Stellen haben nie gespart mit allgemeinen Friedensappellen und Studien zur Gewaltlosigkeit. Aber wiederum ist keine Strategie entwickelt worden, zum Beispiel einen Zivildienst zu verwirklichen. Mit dem entschlossenen Willen aller Kirchen, «langfristig, umsichtig und verpflichtet dabei zu bleiben», hätte wohl auch die Schweiz heute ihren Zivildienst. Wir müssen jetzt fragen, warum denn die Kirche keine solche Strategie entworfen hat. Bei keinem anderen Beispiel ist es so deutlich wie hier: die Verheißung des Evangeliums fordert unsern Einsatz für Gewaltlosigkeit. Aber ebenso deutlich ist es: damit geraten wir in einen Konflikt mit den Mächten und Gewalten unseres Landes. Solange die Kirche keine oder eine liederliche Strategie des Friedens hat, ist sie für jene, die Besitz verteidigen müssen, nicht gefährlich. Solange die Kirche keine Strategie des Friedens hat, hat sie Frieden mit den Mächtigen im Lande. Das scheint mir der Weg der Angst, des Unglaubens und Ungehorsams zu sein. Glaube, Gehorsam rechnet mit dem Frieden, wagt es daher, eine Strategie des Friedens zu entwerfen und beharrlich zu verfolgen.

Die Frage nach der Friedensstrategie der Kirche ist für mich die Frage, ob diese Kirche sich selbst ernst nimmt als Leib Christi und als Partner einer Gesellschaft, der sie diese Herausforderung schuldet. Es ist die Frage, ob diese Kirche auch Salz dieser Erde oder nur Erde ist.

Ausländische Investitionen tragen die Apartheid

Ausländische Investoren sollten sich wegen der Rolle, die ihre Investitionen in Südafrika spielen, keinen Illusionen hingeben, erklärte der Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, Bischof Desmond Tutu, auf einer Arbeitssitzung der zum 50. Jahrestag der Gründung des Südafrikanischen Instituts für Rassische Beziehungen abgehaltenen Konferenz. «Ihre Investitionen erhalten das Apartheidssystem», meinte er. «Sie gedeihen an schwarzem Elend, billigen Arbeitskräften und der Zerstörung des Familienlebens der Schwarzen durch das niederträchtige Wanderarbeitssystem.» Der Bischof sprach während einer Podiumsdiskussion über interne Reaktionen auf äußeren Druck.

Bischof Tutu äußerte sich auch zu dem Argument, daß die Ausübung von Druck auf Südafrika die am meisten treffen würde, denen geholfen werden solle, das heißt die Schwarzen. Er meinte dazu: «Es stimmt, daß sie als erste betroffen würden, aber führen sie etwa jetzt ein angenehmes Leben? Die meisten Schwarzen halten es für weit besser, für Wandel zu leiden, als fast endlos weiterzuleiden wie bisher.» (epd)